



dien, die in diese Richtung wiesen, wenn auch aus dem Ausland. «Studentinnen, die im Gymnasium in einer Mädchenklasse waren, wählen zwar häufiger ein Mint-Fach, schmeissen dieses aber auch eher wieder hin.» Mint steht für mathematisch-naturwissenschaftliche Studienrichtungen, in denen der Frauenanteil tief ist.

«Ähnliches hat man in den USA auch in der Arbeitswelt festgestellt», sagt Wolter. «Frauen tun sich schwer, wenn sie in den Wettbewerb mit Männern treten müssen. Aber irgendeinmal kommt nun mal die wirkliche Welt, in der es auch Männer gibt.»

Bei den Schülerinnen der Klasse 5e spielen solche Überlegungen keine Rolle. Sie können auf Jungs im Klassenzimmer gut verzichten.

«Wir haben ausserhalb der Schule genug Kontakt mit Buben, das ist doch kein Problem.» – «Wer sagt denn, dass es Romanzen nur zwischen Jungs und Mädchen geben kann?» – «Viele denken, wir seien langweilig,

Streberinnen. Das ist aber nur ein Vorurteil.»

Bei den Lehrerinnen und Lehrern sind die Mädchenklassen jedenfalls sehr beliebt, wie Rektor Andermatt bestätigt. Deutschlehrerin Xenia Gošlicka, die während des Gesprächs dabei ist, interveniert sofort, als eine Schülerin sagt, sie seien eine laute Klasse. «Das stimmt nicht, ich empfinde euch als sehr aufmerksam, sehr engagiert, aber nicht als laut.»

Ob Lehrpersonen mit Mädchen anders umgehen als mit Buben, ist auch in der Forschung ein viel diskutiertes Feld. Stefan Wolter sagt, es sei erwiesen, dass Mädchen für die gleiche Leistung besser benotet würden als Buben. Dies sehe man, wenn man die Zeugnisnoten mit den Leistungen in standardisierten Tests wie der Evaluation der Maturität vergleiche.

Mädchen schnitten bei dieser Evaluation schlechter ab, als man es aufgrund ihrer Zeugnisnoten erwartet hätte. Über den Grund kann er nur spekulieren: «Mädchen verhalten sich eher so, wie das Lehrpersonen von guten Schü-

lerinnen beziehungsweise Schülern erwarten.»

Was glauben die Kanti-Schülerinnen, werden Jungs in der Schule benachteiligt?

«Nein, aber bei den Buben gelten gute Noten als uncool.» – «Den Jungs wird mehr durchgelassen, wenn sie blöd tun.» – «Ich glaube, Mädchen können sich einfach besser an das System anpassen.»

Die Berner Professorin Elisabeth Grünewald-Huber hat schon vor zehn Jahren in einer grossen Studie die Ursachen der schlechten Schulleistungen von Buben untersucht. Sie stellte fest, dass Schüler mit einem traditionellen Männerbild weniger leistungsbereit sind und eine schlechtere Einstellung gegenüber der Schule haben. Es gebe einen «Clinch zwischen Männlichkeit und Schule», so Grünewald-Huber.

Von diesem Problem sind die Schülerinnen in Wiedikon befreit. Sie ärgert es aber, wenn sie als «Mädchenklasse» abgestempelt

werden oder das Gefühl haben, sie würden speziell behandelt.

«Alle Lehrpersonen wollen mit uns ständig über Frauenrechte und andere feministische Themen reden. Dabei wäre das für gemischte Klassen doch genauso wichtig.» – «Manchmal sagen Lehrer etwas und hängen an: (...) weil ihr eine Mädchenklasse seid. Das nervt.» – «Ich glaube schon, dass man anders mit uns umgeht.»

An dieser Stelle schaltet sich wieder Xenia Gošlicka ein. «Also ich habe bei der Stoffauswahl noch nie einen Unterschied gemacht zwischen einer Mädchen- oder einer gemischten Klasse.» Mit einer Ausnahme, wie sie sagt. «Gewisse Texte über Frauenkörper würde ich nicht mit jeder Klasse lesen.»

Das Gespräch ist noch voll im Gang, da klingelt es bereits. Die meisten Schülerinnen springen nicht etwa ungeduldig vom Platz, sondern bleiben noch etwas sitzen. Als würden sie gerne weiterdiskutieren.

Fehlstart für die neue KV-Lehre

Das Projekt «Kaufleute 2022» soll mit der Verschiebung auf 2023 gerettet werden

Die zunehmend scharfe Kritik an der laufenden Reform der kaufmännischen Lehre zeigt Wirkung. Am Freitagmittag teilte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) mit, das «Projekt Kaufleute 2022» werde erst 2023 eingeführt.

Das KV ist mit jährlich rund 13'000 neuen Lehrverträgen bei den Jugendlichen die beliebteste berufliche Grundausbildung. Seit 2017 arbeitet die Schweizerische Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen (SKKAB) als Trägerin des Berufs «Kaufrau/Kaufmann EFZ» an einer grundlegenden Reform.

Jetzt hat das SBFI die Notbremse gezogen, nachdem in den letzten Wochen die Kritik am Projekt immer lauter geworden war. Bedenken äusserten unter anderem die Schweizerische Bankiervereinigung, die Handelskammer beider Basel, der Verband der Fachhochschulabsolventen und Politikerinnen und Politiker aus der SP und dem bürgerlichen Lager.

Nun wollen die Verantwortlichen auf mehrere Kritikpunkte eingehen. Statt wie vorgesehen nur noch eine Fremdsprache sollen doch wieder zwei obligatorisch sein. Der Zugang zur Berufsmaturität muss sichergestellt werden.

Der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (ZLB) hat am Mittwoch in einer Pressemitteilung seine Kritik am Vorgehen, die er schon in der Vernehmlassung vorgebracht hatte, deutlich verschärft. Im Zentrum steht die Fokussierung auf Handlungskompetenzen statt der klassischen Schulfächer. «Handlungskompetenzen zu unterrichten, ohne vorgängig Grundlagen zu vermitteln, ist, wie ein Dach zu bauen, ohne Mauern zu erstellen», stellt der ZLB fest.

Nun scheint man den Kritikern etwas entgegenzukommen: «Handlungskompetente Berufspersonen verfügen über ein fun-

diertes Grundlagenwissen», hält das SBFI fest. Bisher hatte das noch anders getönt. «Es geht nicht darum, die Grundausbildung etwas zu verändern, sondern das Berufsbild und somit die damit verbundene Grundbildung fundamental neu zu denken», schrieb die Projektleiterin Petra Hämmerle, Geschäftsleiterin der Firma Ectaveo, in einer Zwischenbilanz. Ectaveo ist eine auf Bildungsreformen spezialisierte Unternehmensberatung.

«Wer in einer Sackgasse steckt, sollte umkehren»

Die SKKAB hat 2017 Ectaveo mit der Planung und Durchführung der Reform beauftragt. Der ZLB fordert nun, ihr die Projektleitung zu entziehen und das Vorhaben zu sistieren. «Wer in einer Sackgasse steckt, sollte umkehren.»

Allein der Bund hat 1,2 Millionen Franken zum Reformprojekt beigesteuert. Der Millionenauftrag erfolgte ohne vorherige Ausschreibung, wie der Berner Lehrer Alain Pichard feststellt, der die Vorkommnisse für den Lehrerblog «Condorcet» unter die Lupe nahm. Der frühere Präsident der SKKAB, der die Ectaveo mit dem Projekt beauftragte, arbeitet heute als Projektleiter für die Firma.

In den Unterlagen zum Projekt taucht ausserdem die Firma Konvink AG auf. Sie soll im Projekt die Weiterbildung der Lehrkräfte übernehmen und die «digitale Lernumgebung» bereitstellen. Die AG wurde 2016 gegründet. Konvink sei privat finanziert, steht auf der Website. Hinter Konvink stehen auch zwei Geschäftsleiterinnen von Ectaveo,

Die Weiterbildung der Berufsschullehrkräfte verspricht ein gutes Geschäft. Allein die nötigen Lizenzen für den Zugang zur Konvink-Datenbank kosten

140 Franken pro Lehrkraft und Jahr. Vorgesehen ist eine Laufzeit von drei Jahren. «Konvink

und Ectaveo gehören zusammen. Irgendwie. Und es funktioniert. Sehr sogar!», heisst es auf der Ectaveo-Website. Petra Hämmerle wollte Fragen zum Verhältnis der beiden Firmen nicht be-

antworten. Armin Müller

Moniert fehlende Ausschreibung: Berner Lehrer Alain Pichard

Foto: Xavier Voiron/Strates



Anzeige

Wohntraum zerstören?

JETZT
abstimmen!
Jede Stimme zählt!

Das neue CO₂-Gesetz führt mit unrealistischen Vorschriften zu einer immensen Verteuerung von Mieten und Wohneigentum:

- **Zwangssanierungen** aufgrund des CO₂-Gesetzes bei 1,2 Mio. Miethäusern und Liegenschaften! **Diese Milliardenkosten müssen Mieter und Eigentümer zahlen!**
- **Zwangskündigungen für Mieter** aufgrund der Sanierungspflicht!
- **Raubzug auf das Portemonnaie der Mieter:** Aufgrund der Zwangssanierungen verteuern sich die Mieten für eine 100m² Wohnung basierend auf einer Studie des Bundesamtes für Energie um durchschnittlich **Fr. 140.- pro Monat!**
- Die Zwangssanierungen führen zu einem **massiven Mehrbedarf an Strom.** Das ist kontraproduktiv!

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung
vom 13. Juni 2021

Wollen Sie das «Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)» annehmen?

Antwort

Nein

Deshalb: **NEIN** zu
diesem
CO₂-Gesetz!



SCAN ME

HEV Schweiz,
Postfach, 8032 Zürich,
hev-schweiz.ch

HEV Schweiz